

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 092-2016
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.497

Eingereicht am: 12.05.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 02.06.2016

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Fragwürdige Reorganisation des Amts für Freiheitsentzug und Betreuung und des Jugendheims Prêles

Die Polizei- und Militärdirektion (POM) will das Amt für Freiheitsentzug und Betreuung des Kantons Bern reorganisieren. Zwischen den Amtsvorsteher und die Haft- und Vollzugsanstalten, die bisher direkt vom Amtsvorsteher und von dessen Stellvertreter geführt wurden, wird eine neue Hierarchieebene mit 5 Bereichsleitern eingeschoben. Diese bilden mit dem Amtsvorsteher die neue Geschäftsleitung. Zusätzlich werden neben den bereits bestehenden Zentralen Diensten eine neue Stabsstelle mit etwa 6 Mitarbeitern sowie der Rechtsdienst mit etwa 4 Mitarbeitern neu direkt dem Amtsvorsteher unterstellt. Die Zentralen Dienste bleiben aber als weitere Stabsorganisation bestehen. Die ganze Reorganisation bedeutet eine Aufstockung von rund 15 Stellen. Durch diese Reorganisation gehören die Anstaltsleiter nicht mehr der Geschäftsleitung an. Ihre Kompetenzen werden auch sonst beschnitten. So können sie nur noch eingeschränkt Verträge abschliessen oder Personal anstellen. Offenbar passt dies aber nicht allen Beteiligten. So hat Amtsvorsteher Thomas Freytag kürzlich die Geschäftsleitung in der Anstalt Thorberg informieren müssen, dass es noch «Klärung braucht im Geschäftsfeld Vollzug».

Die Reorganisation ist nicht ohne die Vorgänge im Zusammenhang mit der geplanten Schliessung der Jugendanstalt Prêles per 31. Oktober 2016 zu verstehen. Sämtlichen rund 80 Mitarbeitern der Anstalt ist auf diesen Zeitpunkt gekündigt worden. Rund 50 dieser Mitarbeiter will der

Regierungsrat in der neuen Ausschaffungshaftanstalt mit 50 Administrativhaftplätzen, die ab 1. Januar 2017 in der ehemaligen Jugendanstalt neu geführt werden soll, weiter beschäftigen. Die übrigen rund 30 Stellen werden zum einen auf die bestehenden Anstalten verteilt und zum anderen für den oben angesprochenen Ausbau der reorganisierten Geschäftsleitung verwendet. Nur ein kleiner Teil dieser Stellen (rund 4,5) werden für zusätzliche Leistungen, nämlich für den sogenannten risikoorientierten Strafvollzug (ROS) eingesetzt. Die restlichen rund 25 Stellen sind eine Aufstockung bei an sich gleichbleibenden Leistungen des Amts. Oder anders ausgedrückt, die an sich mögliche Einsparung von gegen 25 Stellen wegen der Schliessung der Jugendanstalt Prêles wird wegen der aufwändigen internen Reorganisation nicht vollzogen.

Neben dieser De-facto-Stellenaufstockung von netto 25 Stellen bzw. einem nicht vollzogenen Abbau von 25 Stellen bei entsprechendem Leistungsabbau gibt es noch weitere problematische Punkte bei der geplanten Umwandlung der Jugendanstalt Prêles in eine Ausschaffungshaftanstalt. Das Betreuungsverhältnis von 1:1 (50 Mitarbeiter bei 50 Haftplätzen) ist massiv höher als der schweizerische Durchschnitt von 1:3,5. Der Betrieb wird so pro Platz und Tag gegen 350 Franken kosten. Der Bundesbeitrag beträgt aber nur 200 Franken. Der Kanton müsste also ein Defizit von rund 150 Franken pro Platz und Tag decken, was – bei einer vollen Auslastung (Defizit von 150 Franken mal 50 Haftplätze mal 365 Tage) – jährlich einem Defizit von rund 2,7 Mio. Franken gleichkäme. Offen ist auch, ob die Anlage – etwa bezüglich Grösse der Räume – den Vorgaben des Bundes entspricht. Falls nicht, könnten hier happige Umbaukosten auf den Kanton zukommen.

Das Konzept der POM basiert weiter darauf, dass neben den 50 kantonalen Administrativplätzen für die Ausschaffungshaft in Prêles zusätzlich weitere 58 Plätze für das Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz geschaffen werden sollen. Nur ist es überhaupt nicht gesichert, dass der Kanton Bern diese Plätze vom Konkordat zugesprochen erhält. Gemäss dem Protokoll der 96. Konkordatskonferenz vom 22. April 2016 äusserten namentlich die Vertreter der Zentralschweizer Kantone Kritik am Standort Prêles und forderten ein zweites Projekt, etwa in Stans, in der Region Schwyz oder im Gebiet Aargau/Solothurn. Der Entscheid des Konkordats, ob die zusätzlichen 58 Administrativplätze in Prêles überhaupt geschaffen werden sollen, wurde auf die Sitzung vom Herbst verschoben. Das bedeutet, dass der Ausbau von 50 auf 108 Plätze momentan nicht gesichert ist. Der Polizeidirektor des Kantons Bern kündigte daraufhin in der gleichen Konferenz an, dass der Kanton Bern die erste Etappe in Prêles unabhängig von Benutzungszusagen der anderen Konkordatskantone realisieren werde.

Zur Erinnerung: Der Polizeidirektor hat erst vor wenigen Monaten Gemeinden per Verfügung zwingen wollen, Asylunterkünfte mit mindestens 100 Plätzen einzurichten, weil angeblich der Betrieb von kleineren Anlagen nicht rentabel sei. Und nun besteht die Gefahr, dass – bei Ausbleiben einer Zusage der anderen Konkordatskantone – der Kanton Bern dauerhaft eine Anstalt mit nur 50 Plätzen betreiben muss.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Sind die Direktoren der Haft- und Vollzugsanstalten mit ihrer weitgehenden Entmachtung durch die Reorganisation des Amts für Freiheitsentzug und Betreuung einverstanden?
2. Warum beträgt das Betreuungsverhältnis zwischen Mitarbeitern und Insassen in der geplanten Ausschaffungshaftanstalt 1:1 und nicht – wie sonst in anderen solchen Anstalten üblich – 1:3,5?

3. Warum gibt die POM die rund 80 Stellen, die durch die Schliessung der Jugendanstalt Prêles eingespart werden, nicht in den Pool des Kantons zurück und beantragt dann – entsprechend dem Bedarf für die neue Ausschaffungshaftanstalt – die notwendigen Stellen beim Gesamtregierungsrat neu?
4. Warum werden die netto rund 30 Stellen, die durch den messbaren Leistungsabbau im Zuge der Schliessung der Jugendanstalt Prêles (mit 80 Stellen) bei gleichzeitiger Schaffung der kleineren Ausschaffungshaftanstalt (rund 50 Stellen) übrigbleiben, nicht eingespart?
5. Warum beschliesst der Regierungsrat die Schaffung einer Ausschaffungshaftanstalt mit 50 Plätzen per Anfang 2017, obschon der Betrieb einer solchen Anlage mit weniger als 100 Plätzen offenbar gemäss früheren Aussagen der Direktion selbst betriebswirtschaftlich ineffizient und zu teuer ist?
6. Warum wartet der Regierungsrat nicht eine allfällige Zusage des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweiz für die Schaffung von zusätzlichen 58 Plätzen für dieses Konkordat ab, bevor er abschliessend über die Einrichtung einer neuen Ausschaffungshaftanstalt in Prêles entscheidet, die dann mit einer Grösse von 108 Plätzen halbwegs rentabel betrieben werden könnte?
7. Trifft es zu, dass die Betriebskosten pro Platz und Tag in der neuen Ausschaffungshaftanstalt gegen 350 Franken betragen, der Bund aber nur 200 Franken pro Platz und Tag vergütet?
8. Entspricht die bestehende Anlage in Prêles den Vorgaben des Bundes für Plätze in der Ausschaffungshaft? Wenn Nein: Wie hoch sind die zu erwartenden Kosten für die baulichen Anpassungen?
9. Ist der Standort Prêles mit einer Distanz von jeweils deutlich über 100 km zu den grossen Flughäfen Basel, Zürich und Genf in Anbetracht der meist über den Luftweg erfolgenden Ausschaffungen für eine Ausschaffungshaftanstalt geeignet?
10. Wie gedenkt der Regierungsrat den Auftrag der am 7. September 2015 vom Grossen Rat überwiesenen Motion Mühlheim «Die schnell ansteigende Zahl der UMA verlangt schnelle und unorthodoxe Entscheide» umzusetzen, die eine Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern (UMA) in den Räumlichkeiten des Jugendheims Prêles verlangt?

Begründung der Dringlichkeit: Da der Regierungsrat die neue Ausschaffungshaftanstalt in Prêles bereits per 1. Januar 2017 eröffnen will, müssen die vielen offenen Fragen im Zusammenhang mit diesem Entscheid, aber auch mit der Reorganisation des Amts für Freiheitsentzug und Betreuung zwingend vor einem definitiven Entscheid geklärt werden.

Verteiler

- Wählen Sie ein Element aus
- Grosser Rat